

Die Wahl des Oberbürgermeisters von Stettin.

Die „Neue St. Z.“ bringt vorgestern einen 5 Spalten langen Artikel, in welchem sie es für die heilige Pflicht der Presse erklärt, ihr Urtheil in der Wahlfrage des Oberbürgermeisters von Stettin abzugeben. Wir wollen mit dem genannten Blatte nicht darüber rechten, ob es Sache und Pflicht der Presse sei, die Personfrage öffentlich zu diskutieren, wir sind darin anderer Ansicht als die „Neue St. Z.“; aber auch dieser scheint ihre Ansicht von jener Pflicht der Presse erst über Nacht gekommen zu sein, wohl erst, nachdem sie von einigen ihrer Freunde gehört hat, daß der Stadtbaurath Hobrecht Aussicht habe, gewählt zu werden; oder weshalb hat sie bisher über diese Frage geschwiegen und ihre Pflicht verabsäumt und weshalb bespricht sie von allen Kandidaten zur Stelle des Oberbürgermeisters nur den einen, ohne der andern zu erwähnen? Von einer unparteiischen Prüfung der Frage, von einer gewissenhaften Erfüllung der von ihr betonten Pflicht kann doch dabei keine Rede sein.

Gehen wir nun aber auf die Gründe ein, weshalb dies Organ den Stadtbaurath Hobrecht zu dem Posten des Oberbürgermeisters empfiehlt, so fürchten wir, wird der genannte Herr diesem Blatte dafür wenig Dank wissen. Sie rühmt nämlich an ihm, und darin stimmen wir mit der „Neuen St. Z.“ durchaus überein, seine treffliche Befähigung zum Stadtbaurathe, daß er sich bei den Industrie-Schuppen, den Bollwerken, den Schulhäusern, der Wasserleitung, der Wasserkunst, dem Rathskeller als Bauverständiger überall bewährt und seine Begabung für dies Fach bewiesen habe. Dagegen führt sie auch nicht einen einzigen Grund, nicht eine Thatfache an, daß er sich auch zu dem Posten des Oberbürgermeisters eigne. Wenn aber dem so ist, beweist die „Neue St. Z.“ damit nicht für jeden Unbefangenen, daß es überaus bedenklich ist, den Herrn Stadtbaurath aus seinem Bausache, wofür er sich so trefflich eignet, herauszunehmen und ihm dagegen das Amt eines Oberbürgermeisters zu übergeben, für welches er seine Befähigung nirgends bewiesen hat? Auf uns wenigstens hat die Entwicklung des obigen Blattes diesen Eindruck gemacht.

Oder meint die „Neue St. Z.“, daß jeder tüchtige Stadtbaurath darum auch schon ein tüchtiger Oberbürgermeister sei? Kehre sie doch den Satz einmal um; meint sie auch, daß jeder tüchtige Oberbürgermeister ein tüchtiger Stadtbaurath sei? Da dürfte denn doch die Erfahrung sie eines andern belehren. Mit solchen verkehrten Schlussfolgerungen läßt sich wahrlich die Personenfrage der Oberbürgermeister-Wahl nicht erledigen und der heiligen Pflicht der Presse nicht Genüge leisten.

Sollen auch wir schließlich unsere unmaßgebliche Meinung in dieser Frage äußern, so glauben wir, hat sich bis jetzt der Oberbürgermeister Hering am besten für die Stelle des Oberbürgermeisters bewährt. Er ist ein humaner und doch höchst pflichttreuer Beamter, frei von Parteilichkeit, mit dem Amte vertraut und in demselben bewährt, und wenn auch immerhin nicht der Beste, den es überhaupt geben mag, so doch der, welcher unter den Vorgesetzten die beste Garantie geben dürfte, daß Stettin bei seiner Wahl gut fahren wird. Ueberdies spart die Stadt bei seiner Wiederwahl jährlich 1500 bis 2000 Thlr. an Pension und fährt also auch pekuniär am besten. Wir unsererseits wünschen daher die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Hering; den Stadtbaurath Hobrecht dagegen wünschen wir seiner Stelle erhalten zu sehen und glauben, daß die Stadt, wenn sie denselben ehren will, besser thun wird, ihm eine Gehaltszulage zu geben, als ihn in ein anderes Gebiet des Wirkens zu versetzen. Doch wir bescheiden uns in dieser Frage gern, da es nicht unsere Sache ist, diese Wahl zu treffen und wir nicht eitel genug sind, um uns zum Vormunde der Stadtverordneten-Versammlung machen zu wollen, der allein die Entscheidung in dieser Sache zusteht.

Deutschland.

Berlin, 28. Januar. In Kassel soll für das ehemalige kurhessische Gebiet eine General-Kommission in Auseinandersetzung (Separations-) Angelegenheiten errichtet werden. Ob dieselbe ihre Thätigkeit über die kurhessischen Grenzen ausdehnen wird, darüber steht noch Nichts fest. Zur Einrichtung dieser Behörden werden mehrere Räte nach Kassel geschickt, unter diesen auch einer, der dem landwirthschaftlichen Ministerium angehört. — Der General-Kommission für das frühere Kurhessen wird bald eine solche für Hannover folgen, für die übrigen neuen Landestheile ist noch nichts angeordnet. — Eine nach Schluß des Jahres stattgehabte Revision der Stiftung des Nationalbanks hat ergeben, daß das Vermögen derselben 158,320 Thlr. beträgt. — Dem Central-Comité der National-Invalidenstiftung sind bereits Meldungen von der Gründung einiger fünfzig Zweig-Vereine aus den Provinzen zugegangen. — Die „Kreuzzeitung“ erhält ihre Behauptung aufrecht, daß in den letzten Tagen, wenn auch nicht die Unterzeichnung des Bundesvertrags, doch die Unterzeichnung eines Protokolls von durchgreifender Bedeutung seitens der Bevollmächtigten erfolgt sei. Auch der Hamburger „Börsehallen“ wird heute aus Berlin berichtet, daß eine definitive Verständigung über die Grundlagen der Bundes-Versaffung erzielt sei und die ganze Entwicklung des Bundes ein wichtiger Schritt vorwärts gethan habe und das Gelingen des norddeutschen Bundes gesichert erscheine. Dringt man mit diesen Meldungen noch die Bemerkungen der gut unterrichteten „Weser-Zeitung“ über die im Allgemeinen erfolgte

Vereinbarung in Zusammenhang, so dürfte die Annahme einer wichtigen Entscheidung in der Bundes-Angelegenheit sich rechtfertigen lassen und selbst durch den von der „Weser-Zeitung“ behaupteten Vorbehalt der Budgetfrage für den Reichstag nicht alterirt werden. — Zu der Festsetzung der Eröffnung des Reichstags auf den 24. t. Mo. treffen täglich Zustimmungen der beteiligten Regierungen dem Vernehmen nach ein. — Die Rede des Grafen Bismarck zur Verantwortung der Waligo-stischen Interpellation ist wieder ein würdiges Seitenstück zu seinen anderen Reden der Session. Wenn auch der Gegenstand vielleicht dem großen Publikum weniger nahe liegt als die Fragen der inneren Politik, so giebt sie um so mehr der diplomatischen Welt und den tiefer blickenden Politikern Anlaß, die meisterhafte Behandlung des schwierigen und wirklichen Erörterung von Fragen der äußeren Politik vor der Öffentlichkeit entziehen sich die auswärtigen Minister fast regelmäßig, wie eine Vergleichung anderer Kammer-Verhandlungen lehrt, durch den Hinweis auf die Unzulässigkeit der öffentlichen Diskussion über solches Geheimes; eine so klare, bündige und erschöpfende Verantwortung, wie sie Graf Bismarck gegeben hat, welche jede weitere Diskussion zur Unmöglichkeit machte, wird wohl selten in einem Parlamente gehört worden sein, und der Gedanke, daß ein solcher Staatsmann, aber auch nur ein solcher, die Einigung Deutschlands zu Stande bringen kann, mag sich wohl bei manchem Zuhörer aufgedrängt haben. —

Berlin, 28. Januar. Das Befinden Sr. Maj. des Königs ist den Umständen angemessen recht befriedigend. Allerhöchstselbe empfingen um 12¼ Uhr den General-Lieutenant v. Manstein, Kommandeur der 6. Division, und nahmen hiernach den Vortrag des Geheimen Kabinetrats v. Müllers entgegen. Um 3 Uhr konferirte Sr. Majestät mit dem Minister-Präsidenten unter Zuziehung des Kriegs-Ministers und des Wirklichen Geh. Raths v. Savigny. — Der Korvetten-Kapitän Werner wird sich in dienstlichen Angelegenheiten nach Amerika, England und Frankreich begeben. —

Das Staatsministerium trat heute Mittags 1 Uhr im Ministerium des Auwärtigen zu einer Sitzung zusammen.

Der Ober-Präsident Hr. v. Münchhausen ist heute von Frankfurt a. O. hier eingetroffen und begibt sich von hier zur Uebernahme seines neuen Amtes nach Stettin.

Die Kommission des Herrenhauses, welcher die Vorberathung über den Gesetzentwurf wegen Zahlung von Reiskosten und Diäten an die in Preußen gewählten Mitglieder des Reichstages des norddeutschen Bundes aus der Staatskasse überwiesen war, hat den Beschluß gefaßt, dem Herrenhause die Ablehnung dieses Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Der Herzog von Crey in Paris, welcher während des letzten Krieges sich in einer überaus feindlichen Stimmung gegen Preußen befand, in diplomatischen Kreisen daraus auch gar kein Hehl gemacht und erklärt hatte, daß er Belgier, Franzos, aber kein Preuße sei, ist in Berlin gewesen und hat, wie wir hören, seinen Frieden mit dem preussischen Hofe gemacht.

(W. Z.) Die Wahlbewegung hat in den letzten Wochen an Lebhaftigkeit sehr gewonnen, ja sie hat an einzelnen Punkten einen ziemlich stürmischen und turbulenten Charakter angenommen. Hauptsächlich drehte sich die Agitation um Herrn Johann Jacoby's Kandidatur. Ernsthaft war dieselbe zwar nur im dritten Wahlkreise, dem alten Köpnicker Felde, dem Centrum des hauptstädtischen Radikalkommis, in Aussicht genommen. Indessen auch in anderen Wahlkreisen konnten sich die unverfälschten Radikalen die schöne Gelegenheit nicht entgehen lassen, in demonstrativer, wenn auch völlig zweckloser Weise für den Entschiedensten der Entschiedensten zu agitiren: man mußte den geehrten Namen wenigstens auf der Kandidatenliste haben. Daß mit diesen zuletzt wirklich widrigen Pronunciamento's demokratischer Gesinnungsrichtung viel Kraft und viel kostbare Zeit verschwendet worden ist, und daß alle gemäßigten Liberalen an der Weisheit der Führer der Berliner Bezirksvereine irre zu werden anfingen, ist einleuchtend. Das sind indessen Rücksichten, die für die Bezirksdemagogie, die seit Jahren die öffentliche Meinung absolut beherrscht und sich noch nicht in die veränderten Verhältnisse finden kann, nicht existiren. Jacobi hat der schwindelhaftesten Agitation, die sich um seine Person gedreht hat, selbst ein Ende gemacht, indem er mit Berufung auf seine Auffassung der deutschen Frage erklärt hat, daß er für das Parlament ein Mandat nicht annehmen könne. Daran hat Jacoby wohl gethan und es wäre zu wünschen, daß seine Gesinnungsgenossen seinem Beispiele folgten.

Berlin, 28. Januar. (Abgeordnetenhaus.) 58. Sitzung. Präsident: v. Fordenbeck. Eröffnung 11 Uhr 20 Min. Am Ministerische: v. d. Seydt und mehrere Regierungs-Kommissarien, später v. Selchow. (Die Bänke und Tribünen des Hauses sind spärlich besetzt.)

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanz-Kommission über die provisorisch erlassenen drei Verordnungen, betreffend die Salz- und Branntweinsteuer im Zaboe-Gebiet. Die Kommission beantragt: „Den vorgelegten drei Verordnungen — wenngleich deren ohne vorgängige Zustimmung des Landtages erfolgter Erlass nicht für gerechtfertigt zu erachten — die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen.“ — Der Finanz-Minister v. d. Seydt erwidert das Haus, die Genehmigung zu ertheilen, ohne den von der Kommission beschlossenen Zusatz, der den Erlass der Verordnungen mittheilt. Die Regierung habe nur den Weg eingeschlagen; der früher vom Hause empfohlen worden. Sei das Haus jetzt anderer Meinung, so werde die Regierung in Zukunft den Wünschen des Hauses ebenfalls nachkommen. — Der Berichterstatter Abg. Krieger (Berlin) erklärt, daß die Kommission mit diesem Zusatz nicht einen Vorwurf habe aussprechen wollen, sondern nur, daß thatsächlich ein Vorbehalt zu dem Erlass nicht vorhanden war. — Auf Antrag des Abg. Reichensheim wird getheilt abgestimmt; die nachträgliche Genehmigung wird ertheilt, der von der Kommission beschlossene Zusatz jedoch abgelehnt.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Handels-Kommission über den Antrag des Abg. Köhden, betreffend die Erhöhung

des Zinsbezuges, der gegeslich der Bank zugewiesenen gerichtlichen Depositionskapitalien und der Einlagen der Kirchen, Schulen etc. Die Kommission empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung. — Der Antragsteller Abg. Köhden begründet seinen Antrag, indem er darauf hinweist, daß die Verzinsung der von seinem Antrage betroffenen Gelder (Mündelgelder, Gelder für Minderjährige, Wittwengelder etc.) mit 2 bez. 2½, und 3 pCt. den Zeitverhältnissen entföhre, die zur Zeit des Erlasses der Kabinet's-Ordre vom 11. April 1839 maßgebend gewesen seien, daß es aber nicht mehr den Forderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechend sei, daß der mit diesen Kapitalien erzielte Gewinn nicht in angemessenen Beträgen den Eigenthümern zukomme. —

Abg. Michaelis (Stettin) rechtfertigt den Kommissions-Antrag, da der Staatsregierung nicht zugemuthet werden könne, in Betreff der Zinsen eine Statutsänderung von den Bankanttheils-Inhabern zu deren Nachtheil zu forciren, so lange sie nicht von der Annahme des Antrages überzeugt sei. — Abg. Dr. Michaelis (Allenstein): Man dürfe diesen Antrag nicht von dem Standpunkte des Geld-Interesses, sondern man müsse ihn von dem Standpunkte der Humanität aus beurtheilen. Durch Uebergang zur Tagesordnung gebe das Haus noch nicht einmal eine Sympathie für den Antrag kund. — Der Regierungs-Kommissar, Bank-Direktor v. Dechenb erklärt auf eine Frage des Abg. Michaelis, daß die Frage, in welcher Weise im Jahre 1871 das Statut der Bank zu ändern sei sehr sorgfältig und mit Zuziehung von Sachverständigen werde erwogen werden. — Abg. v. Binde (Hagen): Es handele sich hier nicht um die Frage des Geld-Interesses und der Humanität, sondern darum, ob ein Rechts-Interesse vorhanden sei und ein solches Interesse liege in dem Statut. Es liege keine rechtliche Nothigung und keine dringende Veranlassung vor, auf den Antrag einzugehen. Uebergang zur Tagesordnung sei übrigens die mildeste Form, in der ein Antrag befeitigt werden könne. — Der (inzwischen eingetretene) Justizminister Graf zur Lippe erklärt, daß auch die Staats-Regierung den Uebergang zur Tagesordnung nicht so auffasse, als ob ein Mangel an Interesse oder an Humanität darin liege. Auch die Staats-Regierung könne ein so dringendes Bedürfnis für eine Aenderung des gegenwärtigen Verfahrens nicht anerkennen. — Nach einer Replik des Abg. Dr. Michaelis (Allenstein) wird die Diskussion geschlossen und der Kommissionsantrag mit großer Majorität angenommen.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Handels-Kommission über den Gesetzentwurf, betr. den Gewerbebetrieb der Versicherungs-Agenten. Die Abgg. Michaelis (Stettin), Krieger (Berlin) und Gernssen haben beim Hause einen Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem Beamte, Haupt- und Unter-Agenten von Versicherungs-Gesellschaften fortan auch außerhalb ihres Wohnortes umherziehend Versicherungen aufnehmen können. — Außerdem sind verschiedene Petitionen eingegangen, welche sämmtlich für die Versicherungs-Agenten die Freigebung des Hausrechts beantragen. Die Kommission beantragt die Annahme des Gesetzentwurfs und durch diesen Beschluß die Petitionen für erledigt zu erklären. Berichterstatter ist der Abg. Cornely. Abg. Kahlwitz befragt den Kommissions-Antrag. — Abg. v. Nordenflicht erklärt sich dagegen, weil er das Hausrecht des Gewerbebetriebes nicht für ein Postulat der volkswirtschaftlichen Freiheit betrachten könne. Nachdem die Kommissions-Ertheilung selbst erheblich gelockert worden, müsse nach dieser Richtung hin die Berichterstatter erkalten werden. Das stehende Gewerbe sei die Regel, der Hausfuhrer die Ausnahme, welcher eine strenge staatliche Aufsicht erbeische. Nur das Vorhandensein durchschlagender Gründe könne die Erweiterung und Verstärkung der Ausnahme rechtfertigen, solche seien aber nicht vorhanden.

Hannover, 26. Januar. Die kürzlich entdeckte Korpskaffe der hannoverschen Landgendarmarie hat nach neueren Nachrichten 150,000 Thlr. in runder Summe enthalten.

Weimar, 26. Januar. Auf den 4. Februar ist zur Erledigung einiger dringlicher Angelegenheiten ein außerordentlicher Landtag einberufen, der indessen vermutlich nur von kurzer Dauer sein wird.

München, 24. Januar. Wie man vernimmt, soll die Vermählungsfeier Sr. Maj. des Königs am 15. Mai, dem Namens-tage der königlichen Braut, stattfinden.

Ausland.

Wien, 25. Januar. In Pest jubelt man, als habe Ungarn bereits seine völlige „Wiederherstellung“ erlangt. Hier füttert man die Pferde noch mit Brenn und mit Ader. Die Regierungsfedern behaupten, daß die Regierung das Patent vom 2. Januar unverändert durchführen werde. Die Wahlen für die Landtage haben begonnen, und jede Partei schmeichelt sich, daß ihre Aussichten nicht ungünstig ständen.

Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht die Verordnungen Betreffs Trennung der Administration von der Justiz in Galizien und die in Folge derselben erfolgten zahlreichen Ernennungen für die politischen Bezirksämter Galiziens.

Herrn v. Beust wird in der „Allgemeinen Zeitung“ das Verdienst zugeschrieben, die Berufung des außerordentlichen Reichsrathes veranlaßt zu haben, wo die Deutschen ihre Stellung gegen die Slawen besser behaupten könnten, als auf den einzelnen Landtagen. Die Deutschen in Oesterreich wollen jenes Verdienst des Herrn v. Beust aber nicht anerkennen.

Die „Erster Zeitung“ meldet: Im Befinden der Kaiserin Charlotte von Mexiko ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Die leichte Besserung ist anhaltend. Die Nachrichten von einer bevorstehenden Abreise sind unbegründet.

Wien, 26. Januar. Aus der Antwort des Kaisers auf die ungarischen Adressen ist Eisches nicht zu entnehmen; doch ist es immerhin bemerkenswerth, daß zum ersten Male der Kaiser selbst von einem ungarischen Ministerium gesprochen hat. Er knüpft dessen Einsetzung freilich noch an Bedingungen. Nach den Pesther Briefen handelt es sich darum, daß die Siebenbürgischer-Kommission die Arbeit des Subcomités acceptirt, worauf das ungarische Ministerium instaltirt wird, und es übernimmt, im Plenum des Landtages das Laborat im Sinne der von der Regierung jetzt stipulirten (aber noch unbekannt) Bedingungen modifiziren zu lassen.

Brünn, 23. Januar. Dr. Gistra hielt heute eine Kandidatenrede, in welcher er sagte: Das Ministerium zeige in allen seinen Schritten die Unterschätzung des deutschen Elements und seine Abneigung gegen den Liberalismus des Bürgerthums. Das Januar-Patent sei ein Rechtsbruch, ein Bruch der Februar-Versaffung und der Landesordnungen. Kein Verfassungsfreund könne eine Wahl in den außerordentlichen Reichsrath annehmen.

Brüssel, 26. Januar. Der König hat einen politisch Ver-

urtheilten begnadigt, dessen Schuld und Verbannung bereits von so altem Datum sind, daß sie mitsamt der Person so ziemlich vergessen waren, den General Vandermereen. Graf Vandermereen war in die Drangisten-Verfälschung von 1841 verwickelt und wurde in Folge davon zum Tode verurtheilt, welches Urtheil in ewige Verbannung umgeändert ward. Jetzt ist diese Verbannung aufgehoben.

Paris, 26. Januar. In finanziellen Kreisen circulirt außer dem bereits bekannten „gnädigen“ Entlassungs-Handschreiben des Kaisers an Fould auch eine Antwort des Finanz-Ministers an Napoleon III., welche die Freunde Fould's lebhaft bemüht sind, in weitere Kreise dringen zu lassen. Der abgetretene Finanzmann bespricht darin namentlich in wenig wohlwollender Weise die finanziellen Eigenschaften seines Nachfolgers und stellt insbesondere den Staatsminister Rouher als allzeit bereiten Diener für die verschwenderische Caprice des Kaisers hin, während er nicht undeutlich zu verstehen giebt, wie sein Rücktritt nur eine Folge seiner Einwendungen gegen ungemessene private und politische Ausgaben sei, die zu seinem Systeme der Sparsamkeit in direktem Widerspruch gestanden hätten. Der Brief existirt, er ist auch in den Tuilleries abgegeben und gelesen worden, hat dort aber einen ganz anderen als den gewünschten Eindruck hervorgebracht. Fould, schon lange des Orleansismus verdächtig, entfremdete sich durch denselben die Sympathien des Kaisers immer mehr, und mit besonderem Behagen erzählt man sich in Hofkreisen, wie wohlgefällig Napoleon III. sich bei dieser Gelegenheit habe an die folgende Anekdote erinnern lassen: „Am 24. Februar 1848 hatten nämlich die drei Brüder Fould, Achille, Benoist und Perre, das Loos gezogen, für welche der damaligen politischen Parteien sie sich entscheiden sollten; so wäre denn Achille Bonapartist, Benoist Orleansist und Pierre Republikaner geworden; doch habe Achille nach dem Tode seiner Brüder nichts unterlassen, um das von ihnen gezogene Loos mit dem seinen zu cumuliren.“ — Marschall Niel versammelte gestern die Beamten seines Ressorts, um ihnen eine kleine Anrede zu halten. Er sprach über die Armee-Neorganisation und die in den Feuerwaffen einzuführenden Reformen, die von der Großmachtstellung Frankreichs gefordert würden, betonte aber am Schluß, daß in diesen Änderungen für Niemand eine Drohung liege, da Frankreich fest entschlossen sei, von nun an friedlicher Entwicklung zu leben; was ihm freilich nur möglich wäre, wenn es nichts unterlasse, seine Armee auf achtunggebietendem Fuße zu erhalten.

Von den zur Abholung der Truppen aus Mexiko bestimmten Schiffen ist das Dampfschiff „Bayard“ durch die Stürme im Mittelmeer so zugerichtet worden, daß es nach Cherbourg zurückkehren und vollständig abtadeln mußte. Die Regierung ist wegen des Schicksals der andern Fahrzeuge nicht ohne Besorgniß.

London, 26. Januar. Herr Disraeli hat nun wirklich seine Ansicht über das an ihn gerichtete Gesuch, für die Dauer der Pariser Ausstellung die Cepäc-Revision abzuschaffen, einer aus einflussreichen Mitgliedern bestehenden Deputation kund gegeben. Er gab zwar keine direkt abschlägige Antwort, bemerkte aber, daß, in so fern ihm das Urtheil der höheren Zollbeamten bekannt geworden sei, die Petition nicht viel Hoffnung auf Erfolg habe; es lasse sich denn beweisen, daß die Staatseinnahmen keinen Ausfall erleiden würden. Die Antwort hat durchaus nicht befriedigt; die „Times“ führt dem Schatzkanzler vor, daß er in internationalen Fragen doch einen höheren Standpunkt einnehmen müßte, als ein Zollbeamter.

Der Washingtoner Correspondent der „Times“ bringt einen langen Bericht über eine Unterredung, welche er am 9. d. Mts. mit dem Präsidenten hatte. Es ist eine Selbstverteidigung Johnsons und enthält nicht viel mehr als die längst bekannten Vorwürfe gegen den Kongreß, der die Constitution mißachte und untergrabe. Ein Ausspruch des Präsidenten sei wörtlich angeführt: „Ich hatte noch Ideen der alten Welt, aus der Magna Charta und späteren Urkunden, und glaubte noch an ein Recht des Angeklagten, gehört und unparteiisch vernommen zu werden; dieses Recht scheint aber veraltet zu sein. Nun hält da ein Kongreß geheime Sitzungen und hört nur eine Seite, und zwar die Feinde des Angeklagten, wodurch die Sache präjudicirt wird. Es ist ein integrierender Theil des nun herrschenden allgemeinen Systems.“ Der Kongreß hat übrigens vorerst nur eine vorläufige Untersuchung, eine Vorbereitung zu der wirklichen Prozedur, beschloffen, und da Johnson einwilligen noch nicht in Anklagestand gesetzt ist, so beklagt er sich mit Unrecht, daß der Kongreß den Angeklagten nicht hören wolle.

Unlängst fand in Londoner Blättern eine zweifelsobne von der Kaiserlich mexikanischen Gesandtschaft ausgegangene Klage über Unterschlagung von Depeschen, wobei zwischen den Zeilen zu lesen war, daß die Schuld auf französische Intriguen in Mexiko geschoben wurde. In jenem Lande selbst ist man auf eine andere Spur gekommen. Die dortige „Patria“ erzählt, daß ein Theil der am 1. Okt. über Veracruz abgeschickten amtlichen Korrespondenzen sich bald darauf mit der Erklärung, daß republikanische Guerilleros die Schriftstücke auf dem Wege von Mexiko nach Veracruz abgefangen hätten, in Newyorker Zeitungen abgedruckt fand. Darauf habe die Kaiserliche Regierung Nachforschungen angestellt und sich überzeugt, daß die Postkisten unversehrt nach Veracruz an Bord des Dampfschiffes und nach Newyork gelangt seien; dort im General-Postamt sei ihre Spur verloren gegangen.

Rom, 25. Januar. Ueber die kirchlichen Unterhandlungen mit Florenz wird ein tiefes Schweigen beobachtet, man weiß nur, daß sie fortbauern. Cardinal Antonelli, der die weiteste Vollmacht hat und dem Papste nur in Ausnahmefällen referirt, zieht den Abschluß möglichst in die Länge, um diese und jene Manifestation der Florentiner Kammer abzuwarten, überhaupt es von ihrer Haltung abhängig zu machen, in welcher Richtung er zu handeln habe. Der Papst hat sich ohnehin die letzte Revision der Verhandlungen persönlich vorbehalten.

Es beruht auf Täuschungen, wenn man glaubt, daß die loyalen Demonstrationen der Römer auf diesen und jenen festlichen Anlaß hin in dem Grade zunehmen, wie die Lage der Regierung bedenklicher wird. Das zeigte sich wieder am Freitag bei Petri Stuhlfeier, wo noch vor einem und zwei Jahren keine Beamtenfamilie fehlte, zu der allgemeinen Huldigung des Papstes durch ihre Gegenwart beizutragen, und von einer Festbeleuchtung des Abends war so gut wie gar nicht die Rede. Die Stimmung, man fühlt es, hat sich auch in den konservativen Kreisen sehr geändert: wenn die Unbetheiligten sich freuen, daß es mit der Lösung der römischen

Frage endlich Ernst und dem drückenden Zustande zwischen Leben und Sterben ein Ziel gesetzt wird, so stehen jene mit diesen fast auf gleichem Boden. Sie fühlen, daß die Theorie der weltlichen Herrschaft des Papstes von den Gegnern ins Herz getroffen ist, es bleibt den Anhänglichen nur übrig, ihr einen ehrenvollen Tod zu wünschen.

Spanien. Der Pariser Correspondent der „Köln. Ztg.“ schreibt über die spanischen Verhältnisse: „Das Ministerium Narvaez ist in unaufhaltsamem Marsche auf dem Wege der absolutesten Reaktion. Augenblicklich ist das Cabinet selbst des Senats nicht mehr sicher, und wie ich verbürgen zu können glaube, wurde deshalb bereits die Unterdrückung des Senats in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung im Prinzip beschloffen. Es handelt sich für die Machthaber nur darum, irgend eine Form ausfindig zu machen, um eine derartige, aber gesüßigere Körperschaft zu Stande zu bringen. Als erbitterter Gegner des Senats giebt sich bei dieser Gelegenheit der General-Kapitän von Madrid, Pezuela, zu erkennen, der einfach den Vorschlag gemacht hat, auf die alten Elementos zurückzugreifen und den künftigen Senat nur aus den Reihen der höchsten Aristokratie zu rekrutiren. Narvaez dagegen scheidet sich noch, diese Maßnahme zu adoptiren, und so zieht er eine Zusammensetzung aus adeligen und denjenigen bürgerlichen Elementen vor, welche den höchsten Steuerfuß zahlen. In gleicher Weise, wie die Unbequemlichkeiten des Senats, fürchtet man den Wiederzutritt des Abgeordnetenhauses. Man wird deshalb die Abgeordnetenwahlen, welche auf den 1. März angesetzt waren, um einen Monat verschieben und die Einberufung der Cortes, anstatt Anfang April, erst Ende Mai stattfinden lassen.“

Vomern.

Stettin, 29. Januar. Der von der vereinigten Kommission des Abgeordnetenhauses für Finanzen und Handel angenommene Gesetzentwurf, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staates für die neu zu erbauende Eisenbahnstrecke Cöslin-Danzig lautet: „Wir Wilhelm etc. verordnen: §. 1. Der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft wird Behufs Uebernahme des Baues und des Betriebes einer Eisenbahn von Cöslin nach Danzig die Garantie des Staates für einen jährlichen Reinertrag von 3 1/2 pCt. des in diesem Unternehmen anzulegenden Kapitals bis zur Höhe von 10 Millionen Thalern nach näherer Maßgabe des beigebrachten, unterm 21. November 1866 mit der Direktion der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages hiermit bewilligt. §. 2. Eine Abänderung oder Auflösung der vom Staate mit Eisenbahn-Gesellschaften abgeschlossenen Garantieverträge oder zwischen dem Staate und Eisenbahn-Gesellschaften festgestellten Bedingungen von Zinsgarantien, namentlich eine Veräußerung der aus demselben dem Staate zustehenden Ansprüche auf Einnahmen oder eines Theiles derselben, oder ein Verzicht des Staates auf solche bedarf zur Rechtsgültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtages. §. 3. Unser Finanzminister und unser Minister für Handel etc. sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.“ (Sitzung der Vorsteher der Kaufmannschaft am 24. Jan.)

Die eingegangenen Vorschläge, welche den Umbau und die Verweirung des angekauften Waaggebäudes betreffen, wurden einer nochmaligen eingehenden Prüfung unterworfen. Um die Korporation in den Stand zu setzen, in dieser Angelegenheit einen definitiven Beschluß zu fassen, sollen die zur Beurteilung der von den Herren Kubberg und Koch empfohlenen Baupläne, vorhandenen resp. zu beschaffenden Materialien dem Vorsteher-Amt nochmals unterbreitet, alsdann der Korporation ein neues gedrucktes Exposé vorgelegt und die Angelegenheit demnächst aber zur Entscheidung gebracht werden. — Der Rechnungs-Abschluß des Handlungs-Armen-Instituts für das Jahr 1866 wird der Rechnungs-Abnahme-Kommission zur Prüfung vorgelegt. — Herr Stadtrath Köppen ist ersucht worden, an Stelle des Herrn Deel, welcher aus der Korporation geschieden ist, in den Vorstand des Handlungs-Armen-Instituts einzutreten. — Das Kollegium beschließt die von dem Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft in Königsberg beabsichtigte Bewerbung für den Herrn Schulze-Delphich und das von ihm begründete Genossenschaftswesen um die auf der Pariser Ausstellung ausgelegten Preise für Personen und Institute, welche sich um die leibliche, sittliche und geistige Wohlfahrt der arbeitenden Klassen besonders verdient gemacht haben, derart zu unterstützen, daß dasselbe die Königlich preussische Central-Kommission für die Pariser Ausstellung ersucht, die Verdienste des Herrn Schulze-Delphich auf diesem Gebiet zur Anerkennung zu bringen. — Es wird im Interesse des Handels und der öffentlichen Sicherheit dringend befürwortet, dem Herrn Genesohn die Erlaubniß zur Erbauung eines zweiten Petroleum-Schuppens vor dem Parnisthor zu erteilen. — Das Vorsteher-Amt erklärt sich damit einverstanden, daß Herr Köderitz, welcher die hiesige Rathswaage gepachtet hat, als Wäger konfessionirt wird. — In die Korporation sind aufgenommen: die Herren F. W. A. Dietrich, M. Treitel, M. J. Rohleder, E. W. Ludendorff, J. P. Köpfer, E. I. G. Ludwig und wieder aufgenommen: Herr Heinrich Dalitz.

Die im Jahre 1845 hier gestiftete Schiffer-Wittwenkasse hielt am vergangenen Sonnabend ihre Generalversammlung ab, in welcher ein recht erfreulicher Kassenabschluß mitgeteilt wurde. Es werden die Wittwen mit voller Pension in diesem Jahre 110 Thlr. gegen 102 Thlr. im vorigen Jahre erhalten, die Zahl der Mitglieder hat sich um 4 und das Kapitalvermögen von 31,418 Thlr. gegen voriges Jahr um 1200 Thlr. vermehrt. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 177. Die vor zwei Jahren erfolgte Umänderung der Statuten hat sich also als gut und erfolgreich bewiesen, so daß das Bestehen der Kasse gesichert erscheint und unseren Gesehiffen das Institut wohl empfohlen werden kann. — Vorläufiges Repertoir des Stadttheaters: Mittwoch „Der Verschwander“, Donnerstag „Die Weise aus Lowood“, Freitag Gustav, oder der Maskenball“, Benefiz für Herrn Kapellmeister Preumayer.

— Sr. Majestät der König haben Allerhöchstdigst geruht, dem Major v. d. Burg vom Generalstabe des 2. Armee-Korps zur Anlegung des von des Königs von Italien Majestät ihm verliehenen Kommandeurkreuzes des Königlich italienischen Militairordens von Savoyen, Allerhöchsthre Genehmigung zu erteilen.

— In einem hiesigen Kürschnerladen erschien gestern Abend ein Frauenzimmer unter dem Vorgeben, eine Mütze kaufen zu wollen. Während die Kürschnerfrau sich umwendete, um einige Mützen

herunter zu reichen, stahl jenes Frauenzimmer eine ihr gerade zur Hand liegende Pelzpellerine im Werthe von circa 8 Thlrn. und wurde der Diebstahl leider erst entdeckt, nachdem die Diebin — allerdings ohne etwas zu kaufen — den Laden bereits verlassen hatte.

Vermischtes.

Mainz, 22. Januar. Unsere Stadt ist seit einigen Tagen in der peinlichsten Aufregung wegen der Entdeckung einer Diebstahlsbande unter Bediensteten der hiesigen Ludwigsbahn-Gesellschaft dahier, die seit längerer Zeit in solothalem Maßstabe und mit großartiger Redlichkeit Diebstahle an den der Bahn anvertrauten Koll's und Eilgütern vornahm. Es handelt sich hier um eine der ausgezeichnetsten Unterschlagungen und Diebstahle, die nur je auf deutschen Bahnen vorgekommen sind. Die Häupter davon, zwei Brüder Namens Grünwald, beide Eisenbahnbeamte, sind in den Händen der Polizei, mit ihnen zwei Schwestern derselben, die in Mainz wohnten; gegen eine dritte Schwester in Leipzig ist Untersuchung eingeleitet. Nach den weiteren Gehülfen derselben wird von unserer Polizei mit dem größten Eifer gefahndet. Um einen Begriff von dem Umfange dieser Unterschlagungen, die auf Jahre zurückgehen, zu geben, so stand der jüngere Grünwald ein, allein im Monat September 1866 entwendet zu haben: ein Geldpaket mit 2300 Gulden, eine Kiste mit Brüsseler Spitzen, einen schweren Koffer mit Effekten und Silber im Werthe von 1000 Gulden, einen größeren Reisack etc. Der jüngere der Brüder war Beamter der Eilgut-Expedition, der ältere der Frachtgut-Expedition, und jeder scheint hauptsächlich in seinem Departement gearbeitet zu haben. Die Früchte dieser Arbeiten wurden von den drei Schwestern hauptsächlich in Leipzig und Mainz zu Gelde gemacht. Unbegreiflich bleibt es nur, wie eine Diebstahlsbande so lange und mit solcher Redlichkeit ihr Wesen treiben konnte.

Neueste Nachrichten.

München, 28. Januar. Die „Bayerische Zeitung“ erklärt das Gerücht, der Kriegsminister habe seine Entlassung nachgesucht, so wie die Angabe mehrerer Journale, General-Lieutenant Stephan (Kommandant von Nürnberg) sei in den Ruhestand versetzt, für unbegründet.

Florenz, 27. Januar. Der jetzt veröffentlichte Plan zur Wiederherstellung der Freiheit der Kirche und zum Verkaufe der geistlichen Güter ist folgender: Die Kirche wird von jeder Einmischung des Staates in Bezug auf die Ausübung des Kultus und die Ernennung der Bischöfe befreit. Der Eid, das Placet und das Exequatur werden abgeschafft, ebenso alle Privilegien und besonderen Freiheiten der Kirche und dem Staate gegenüber. Die Kirche wird unter freier Mitwirkung der Gläubigen, und unter Benutzung der Güter, welche ihr gehören oder von ihr auf gesetzliche Weise erworben werden, für sich selbst sorgen. Folgerecht hören die Leistungen auf, welche dem Staate, den Provinzen und den Gemeinden bisher zur Last fielen. Wenn die Bischöfe erklären, sich mit der Umwandlung der Kirchengüter befassen zu wollen, so haben sie binnen zehn Jahren diese Güter zu veräußern, indem sie unbewegliches Eigentum in bewegliches verwandeln. Sie werden dem Staate 600 Millionen zahlen, in halbjährlichen Teilzahlungen von 50 Millionen, und für die Pensionen, welche den Mitgliedern der unterdrückten geistlichen Körperschaften bewilligt sind, sorgen. Wenn die Mehrzahl der Bischöfe es abschlägt, sich mit der Konvertirung zu befassen, so wird die Regierung selbst mit der Maßregel vorgehen und, indem sie den Bischöfen 50 Millionen in 50 pCt. Rente überläßt, über sämtliche Kirchengüter disponiren, und die unbeweglichen verkaufen. Die oben genannten Pensionen werden auch dann von den Bischöfen gezahlt.

Dem Projekt folgt die Konvention, welche zwischen dem Finanzminister Scialoja und Langrand-Dumonceau abgeschlossen ist. Die „Italia“ sagt: Ungeachtet der Note des „Giornale di Roma“ ist der heilige Stuhl dem Projekt über die Kirchengüter nicht so entschieden entgegen, als man glauben könnte. Das „Giornale di Roma“ sage zwar, der Papst habe die Konvention nicht gebilligt, aber es erwähne nicht, daß es den Bischöfen verboten worden sei, ihre Zustimmung zu geben. Man füge sogar hinzu, der heilige Stuhl würde seine Zustimmung geben, um größeres Unglück zu verhüten.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

München, 28. Januar. Nach amtlicher Mittheilung sandte Batern am 9. d. Mts. identische Noten nach Stuttgart, Darmstadt und Karlsruhe, worin eine Konferenz Behufs Feststellung neuer gemeinschaftlicher Kriegsverfassung nach preussischem Muster beantragt wurde. Allgemeine Wehrpflicht, keine Stellvertretung, Eintheilung des Heeres in Linie, Reserven und Landsturm sind der Inhalt der Vorlage.

Börsen-Berichte.

Berlin, 28. Januar. Weizen loco fest gehalten. Termine höher. Der Roggen-Terminhandel bewegte sich heute nach langer Zeit wiederum in den engsten Grenzen und kamen nur wenige Abschlüsse zu Stande, wobei Preise gegen Sonnabend keine wesentliche Aenderung erfahren. Effektive Waare reichlich angeboten, machte sich der Absatz für geringe Güter schwerfällig. Get. 1000 Ctr.

Hafers loco gut zu lassen. Termine höher. Get. 1200 Ctr. Für Mühl allein war eine flauere Haltung vorherrschend, wozu verschiedene Verkaufsdres für die späteren Sichten beigetragen haben. Für Spiritus machte sich eine feste Stimmung geltend, Abgeber beobachteten große Zurückhaltung, weshalb der Verkehr sehr beschränkt blieb. Get. 20,000 Ctr.

Weizen loco 76-90 \mathcal{R} nach Qualität, exquirit gelb udermärker 90 \mathcal{R} bez., Lieferung pr. Januar 80 \mathcal{R} nominell, April-Mai 80, 1/2 \mathcal{R} bez., Mai-Juni 81 1/2 \mathcal{R} bez.

Roggen loco 78-79 1/2 \mathcal{R} ab Bahn bez., 79-80 1/2 \mathcal{R} bez., 57 \mathcal{R} do., 80-83 1/2 \mathcal{R} do., 1/2 \mathcal{R} do., pr. Januar 57 1/2 \mathcal{R} , 1/2 \mathcal{R} bez., Januar-Februar 56 1/2 \mathcal{R} , 1/2 \mathcal{R} bez. u. Br., 1/2 \mathcal{R} do., Febr.-März 55 1/2 \mathcal{R} bez., Br. u. do., Mai-Juni 55 1/2 \mathcal{R} bez., Juni-Juli 55 1/2 \mathcal{R} bez.

Gerste, große und kleine, 46-52 \mathcal{R} per 1750 Pfd. Hafers loco 26-29 \mathcal{R} , schlesischer 28, 1/2 \mathcal{R} , böhmischer 28, 1/2 \mathcal{R} ab Bahn bez., pr. Januar 27 1/2 \mathcal{R} , 1/2 \mathcal{R} bez., Febr.-März 28, 1/2 \mathcal{R} bez., Mai-Juni 28 1/2 \mathcal{R} bez., Juni-Juli 29 \mathcal{R} bez.

Erbsen, Kochwaare 60-68 \mathcal{R} , Futterwaare 52-60 \mathcal{R} . Winterrapps, poln. 86 \mathcal{R} ab Bahn bez., schles. 87 \mathcal{R} bez.

Mißel loco 11 1/2 \mathcal{R} , per Januar 11 1/2 \mathcal{R} , 1/2 \mathcal{R} bez., Januar-Februar 11 1/2 \mathcal{R} Br., Februar-März 11 1/2 \mathcal{R} bez., April-Mai 11 1/2 \mathcal{R} , 1/2 \mathcal{R} bez., Mai-Juni 11 1/2 \mathcal{R} bez.

Leinöl loco 13 1/2 \mathcal{R} . Spiritus loco ohne Faß 16 1/2 \mathcal{R} , 11 1/2 \mathcal{R} bez., pr. Januar, Januar-Februar u. Februar-März 16 1/2 \mathcal{R} , 17 \mathcal{R} bez., Br. u. do., April-Mai 17 1/2 \mathcal{R} bez., 1/2 \mathcal{R} do., Mai-Juni 17 1/2 \mathcal{R} , 1/2 \mathcal{R} bez. u. Br., Juni-Juli 17 1/2 \mathcal{R} , 1/2 \mathcal{R} bez.

Table with columns for Dividende pro 1865, Aachen-Düsseldorf, Aachen-Maestricht, etc.

Table with columns for do. do. IV, do. do. V, do. do. VI, etc.

Table with columns for Preussische Fonds, Freiwillige Anl., Staatsanl. 1859, etc.

Table with columns for Sächsische, Schlesische, Hypothek-Cert., etc.

Table with columns for Bank- und Industrie-Papier, Dividende pro 1865, Preuss. Bank-Anth., etc.

Table with columns for Prioritäts-Obligationen, Aachen-Düsseldorf, do. III. Emission, etc.

Table with columns for do. do. C, do. do. D, do. do. E, etc.

Table with columns for Schlesische, Westpreuss., do nene, etc.

Table with columns for Amsterdam kurz, do. 2 Mon., Hamburg kurz, etc.

Table with columns for Gold- und Papiergeid, Fr. Bkn. m. R., Napoleons, etc.

Es heißt am Heil der Menschheit sich betheiligen, wenn man den Kranken Heilung, den Lebensschwachen Stärkung, den Verschmachtenden Labung und Erquickung darreicht...

Im Jahre 1864 während des Dänischen und 1866 während des Deutschen Krieges haben die königlichen Lazarethe...

Privat-Lazareth Sr. Excellenz des Staatsministers Herrn v. Elsner a. D. in Abelsdorf bei Sayna in Schlesien...

Schneider, Kreisphysikus, Grimm, Ober-Inspektor, Königl. Reserve-Lazareth-Kommission - Neu-Ruppin...

Familien-Nachrichten. Verlobt: Frä. Pina von Dabelfen mit dem Kaufmann Herrn Heinrich Cornelia (Grabow - Stettin)...

Todes-Anzeige. Heute Morgen um 1/6 Uhr hat Gott unsere geliebte Tochter Georgine zu sich gerufen...

Jenning's Engl. glazirte Steinröhren zu Wasser-, Saug-, Schlempe- und anderen Leitungen...

Verkauf. Sächsisch-Böhm. Dampfschiffahrtsgesellschaft.

- 1. Ein eisernes Schraubendampfsboot für Personenverkehr eingerichtet, circa 110 Fuß lang und 10 Fuß breit...

Dresden, den 25. Januar 1867. Die Direction. Nippold.

Bekanntmachung. Das Domainen-Vorwerk Pajmühlengut, im Kreise Pyritz...

Das Domainen-Vorwerk Pajmühlengut, im Kreise Pyritz, 1 Meile von Pyritz und 2 Meilen von Stargard entfernt...

Mittwoch, den 10. April d. J., Vormittags 10 Uhr, in unserem Plenar-Sitzungszimmer anberaumten Bietungs-Termin...

Bekanntmachung. Brennholzverkauf auf dem Rathsholzhofe.

Am Freitag, den 1. Februar dieses Jahres, Nachmittags 3 Uhr, sollen auf dem Rathsholzhofe bei der Inspektorenwohnung...

Die Dekonomie-Deputation. Hempel.

Verpachtung von Acker am Nemitzer Mittelwege. Zwanzig Morgen Acker, nördlich an der Landstraße nach Nemitz gelegen...

Die Dekonomie-Deputation. Hempel.

Donnerstag, den 31. Januar d. J., Vormittags 11 1/2 Uhr, im Deputations-Saale des hiesigen Rathshauses ein Termin an...

Die Dekonomie-Deputation. Hempel.

Freitag, den 28. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr, im ehemaligen Stadtverordneten-Saale, Wöhlenstraße Nr. 23...

Bau- und Brennholz-Verkauf im Forstreviere Wuffow.

Aus dem Einschlage pro 1867 in der Wuffower Forst sollen: 1. 173 Stück Kiefern Klein- und Mittelbaumholz...

Pommerisches Museum. Donnerstag, den 31. Januar 1867, 6 1/2 Uhr Abends im Gymnasium.

Der Professor Herrings Heber-Verenprozesse mit besonderer Beziehung auf Pommeren. Karten am Eingang zu 7 1/2 Gr.

Advertisement for Norddeutsche Zeitung, Flensburger Norddeutsche Zeitung, Inserationspreis pro Zeile 1/2 Gr.

